



Grenzsicherung und Reisefreiheit

Was die Bürger von einer europäischen
Asyl- und Migrationspolitik erwarten

Grenzsicherung und Reisefreiheit

Was die Bürger von einer europäischen
Asyl- und Migrationspolitik erwarten

Catherine de Vries & Isabell Hoffmann

Catherine de Vries

Professorin für Europapolitik
Universität Oxford
catherine.devries@politics.ox.ac.uk

Isabell Hoffmann

Projektmanagerin „Europas Zukunft“
Bertelsmann Stiftung
isabell.hoffmann@bertelsmann-stiftung.de

Beschreibung

Die Krise des Euroraums hat die Debatte um eine Weiterentwicklung der Europäischen Union (EU) wieder belebt. Wie kann eine Union von 28 Staaten mit einer Bevölkerung von 500 Millionen Menschen reformiert werden, damit sie Wirtschaftskrisen vermeidet und politische Herausforderungen meistert? Eine Antwort auf diese Fragen zu finden, ist extrem kompliziert, nicht nur weil vorhandene Reformvorschläge so stark variieren, sondern weil wir auch sehr wenig darüber wissen, welche Reformen die Bürger vorziehen. Auch wenn sich die Wissenschaft schon seit vielen Jahren für das Entstehen der EU und ihre politischen Entscheidungsprozesse interessiert, wissen wir sehr wenig über die Präferenzen von Bürgern in Zusammenhang mit EU Reformen. Das wollen wir mit eupinions ändern. Für eupinions befragen wir mehrfach im Jahr die europäische Öffentlichkeit repräsentativ nach ihrer Haltung zur europäischen Politik und ihren Erwartungen für die Zukunft.

In Kürze

Die Mehrheit der Europäer wollen eine europäische Asyl- und Migrationspolitik, die von der EU und ihren Mitgliedstaaten gemeinsam verantwortet wird. Der Schutz der Reisefreiheit und der Außengrenzen ist ihnen besonders wichtig. Um die Ankommenden sollen sich die Mitgliedstaaten gemeinsam kümmern. Staaten, die es ablehnen ihren Teil der Verantwortung zu tragen, sollen nach der Überzeugung einer Mehrheit der Europäer finanzielle Nachteile hinnehmen. Das zeigt die aktuelle eupinions-Studie der Bertelsmann Stiftung. eupinions erhebt regelmäßig die Meinungen europäischer Bürger zu aktuellen politischen Debatten. Die vorliegende Ausgabe hat sie zu ihrer Haltung zu Asyl- und Migrationspolitik befragt.

Dabei zeichnet sich ein klares Meinungsbild ab:

- 79 Prozent aller Europäer sprechen sich für eine gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik aus. 52 Prozent meinen, die EU sollte hierfür federführend die Verantwortung tragen. 27 Prozent sagen, dass sich die EU und die Mitgliedstaaten die Verantwortung hierfür teilen sollten.
- Ebenfalls 79 Prozent der Europäer halten die Reisefreiheit für ein hohes Gut, das unbedingt geschützt werden muss.
- 87 Prozent sind der Überzeugung, dass die EU eine gemeinsame Sicherung der Außengrenzen braucht.
- 79 Prozent der Europäer sind der Meinung, dass Asylsuchende auf faire Weise auf alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union verteilt werden sollten.
- 69 Prozent der Befragten wiederum finden, dass Mitgliedstaaten, die sich weigern, ihren fairen Anteil an Flüchtlingen aufzunehmen, weniger Zuwendungen aus EU-Mitteln erhalten sollten.

Die öffentliche Meinung der alten und neuen EU-Mitgliedsstaaten (EU-Osterweiterung 2004) unterscheidet sich in zwei Punkten:

- Nur 54 Prozent der Bürger in den neuen EU-Staaten finden, dass Asylbewerber fair verteilt werden sollten versus 85 Prozent in den alten EU-Staaten.
- Nur 41 Prozent der Befragten in den neuen EU-Staaten finden, dass Staaten, die einen fairen Anteil an Asylbewerbern nicht aufnehmen wollen, finanzielle Nachteile in Kauf nehmen sollten versus 77 Prozent in den alten EU-Staaten.

Bewahrung erreichter Rechte, Sicherung der Außengrenzen, Lastenteilung, eine gemeinsame europäische Steuerung von Asyl und Migration. Um diese Anforderungen zu erreichen, davon sind 60 Prozent der Europäer überzeugt, brauchen wir in Zukunft mehr politische und ökonomische Integration. Das sind zwei Prozent mehr als im Juli 2015.

Im Fokus

Asyl- und Migrationspolitik

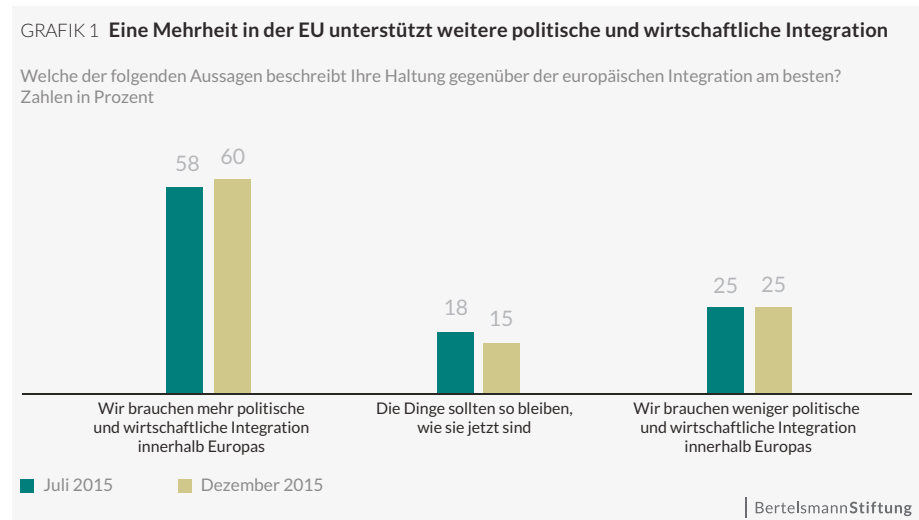
Die Flüchtlingskrise beherrscht die europapolitische Debatte erst seit dem Spätsommer 2015, obwohl sie sich schon seit vielen Jahren im südlichen Mittelmeer entwickelt hatte. Staaten wie Spanien und Italien müssen sich seit Jahren mit den vielen Menschen auseinandersetzen, die die gefährliche Überfahrt wagen und oft genug dabei tragisch umkommen. Vor allem die italienische Regierung hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder bemüht, im europäischen Rat durchzusetzen, dass die Staats- und Regierungschefs die Situation als gesamteuropäisches Problem behandeln. In die öffentliche Wahrnehmung drang die Lage im südlichen Mittelmeer nur dann vor, wenn große Schiffsunglücke erschütternde Bilder und Zahlen produzierten. Erst der Exodus hunderttausender Syrer über die Türkei, das Mittelmeer, Griechenland und die verschiedenen Balkanstaaten mit Ziel Zentraleuropa hat die Situation grundlegend verändert. Alleine die schieren Zahlen der Ankommenden und die stetig anwachsende Menge der Menschen, die ihre Heimat verlassen und in Europa ein attraktives Ziel erkennen, macht deutlich, dass einzelne Länder bei dem Versuch, die Lage intern und extern zu steuern, an ihre politischen und organisatorischen Grenzen geraten. Eine gemeinsame Vorgehensweise drängt sich auf. Doch zwischen Erkenntnis und Handeln liegen in der Europäischen Union einmal mehr Monate zähen Ringens. Zumindest stimmt das für die Ebene der politischen Akteure. Aber gilt das auch für die Bürger Europas?

Für eupinions #2016/1 haben wir die europäischen Bürger zu ihrer Haltung zur Asyl- und Migrationspolitik befragt. Ihre Antworten sind unzweideutig. Im Wesentlichen wollen sie die Reisefreiheit erhalten und die Außengrenzen gesichert sehen. Die Verantwortung hierfür soll die Europäische Union tragen.

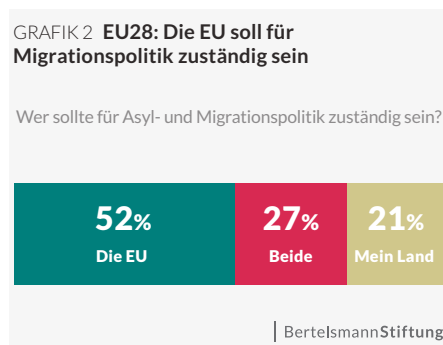
eupinions erhebt mehrfach im Jahr repräsentativ die öffentliche Meinung der Europäer zu aktuellen politischen Themen. Für eupinions #2016/1 haben wir 11.410 europäische Bürger EU-weit befragt. Die Befragung fand im Dezember 2015 statt.

Im Folgenden steigen wir tiefer in die Zahlen ein. Hierfür werten wir zunächst ein Set von fünf Fragen zur Asyl- und Migrationspolitik aus mit einem Fokus auf politische Zuständigkeiten, Ziele und Aufgabenverteilung. Danach betrachten wir, welche Haltung die Europäer gegenüber Neuankömmlingen in der EU einnehmen.

In eupinions #2015/1 konnten wir messen, dass die Mehrheit der Bürger der Europäischen Union der Meinung ist, dass die europäische Integration in Zukunft vertieft werden muss. Befragt nach ihrer allgemeinen Haltung gegenüber der europäischen Integration antworteten im Juli 2015 58 Prozent „Wir brauchen mehr politische und ökonomische Integration in Europa.“ Im Dezember 2015 waren es sogar zwei Prozent mehr, also 60 Prozent, die diese Überzeugung teilten. (Grafik 1)



Aber hält diese Überzeugung auch, wenn es um ein spezifisches Politikfeld geht? Mit der Frage „Wer sollte für Migrationspolitik verantwortlich sein?“ haben wir die Probe gemacht. Mögliche Antworten waren: 1) Die Europäische Union, 2) Die EU und mein Land, 3) Mein Land. Wie in Grafik 2 zu sehen ist, meint eine leichte Mehrheit der Europäer, nämlich 52 Prozent, dass die EU für die Migrationspolitik federführend verantwortlich sein sollte, 27 Prozent sagen, dass die EU und die Mitgliedstaaten sich die Verantwortung für Migrationspolitik teilen sollten, und 21 Prozent möchten, dass ihr Land alleine die Verantwortung für Migrationspolitik trägt.



Taucht man tiefer in die Zahlen ein, so stellt man fest, dass es einen recht hohen Konsens bei dieser Frage gibt, auch wenn man die Ergebnisse nach Ländern oder nach alten und neuen Mitgliedstaaten aufteilt.

Betrachtet man die sechs größten Mitgliedstaaten der EU – Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen, Italien und Spanien – so findet man in allen Ländern eine Mehrheit für eine Zuständigkeit der EU in Migrationsfragen. Die Ausnahme bildet Großbritannien. Die Briten unterstützen im Verhältnis zu den anderen am wenigsten die EU als Verantwortungsträger (35 Prozent) und am meisten ihre Regierung (41 Prozent). Die Italiener wiederum unterstützen mit 61 Prozent im Verhältnis zu den anderen am stärksten die EU. In Spanien ist die Gruppe derjenigen, die wollen, dass ihre Regierung die alleinige Verantwortung

trägt, mit neun Prozent am geringsten. (Grafik 3)

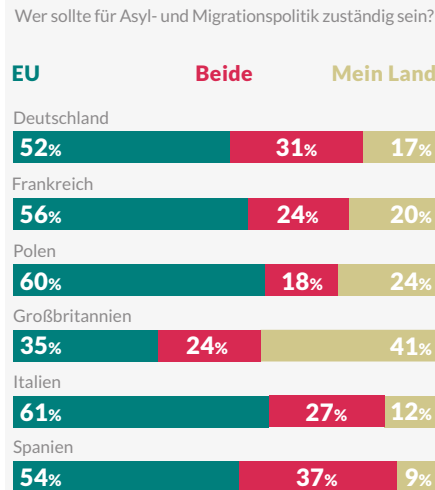
Differenziert man die Ergebnisse nach alten und neuen Mitgliedstaaten entsprechend der EU-Osterweiterung von 2004, so stellt man fest, dass die Mehrheitsverhältnisse bei dieser Frage recht nah beieinander sind. In den neuen Ländern möchten etwas mehr Befragte die Zuständigkeit für Migrationspolitik bei der EU sehen (56 versus 50 Prozent), dafür bevorzugen etwas mehr Befragte in den alten Ländern eine geteilte Zuständigkeit (28 versus 21 Prozent). Die vorrangige Verantwortung bei ihren Ländern möchten jeweils 22 Prozent sehen. (Grafik 4)

79 Prozent der Europäer möchten, dass die EU eine verantwortliche Rolle in der Migrationspolitik spielt. Schauen wir uns also zwei Faktoren an, die wesentlich sind in dieser Hinsicht: Reisefreiheit und Grenzsicherung.

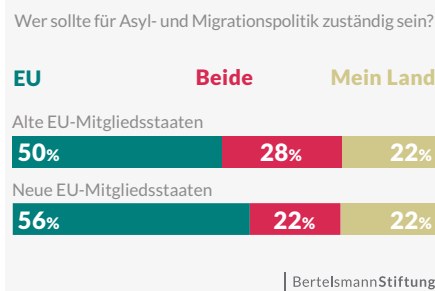
Zunächst die Frage nach der Reisefreiheit. Sie berührt einen der wesentlichen Pfeiler der Europäischen Union, den Schengen-Raum, und möchte messen, wie wichtig dieser den Europäern ist. Sie lautete: „Das Recht für Personen und Waren, sich frei in der Europäischen Union zu bewegen, ist wichtig und sollte geschützt werden. Stimmen Sie dieser Aussage zu oder stimmen Sie ihr nicht zu?“

Die Antwort ist eindeutig. Die Europäer halten die Reisefreiheit für ein hohes Gut. 79 Prozent sagen, dass sie wichtig ist und geschützt werden muss. (Grafik 5) Unabhängig davon, wie man die Zahlen aufteilt, das Bild bleibt gleich. Manchmal ist die Mehrheit klar, wie im Falle Großbritanniens mit 60 Prozent Zustimmung, manchmal ist die Mehrheit überwältigend, wie im Falle Polens mit 90 Prozent Zustimmung. (Grafik 6) Das Bild ändert sich auch nicht bei einer Aufteilung nach alten und neuen Mitgliedstaaten. 77 Prozent der Befragten in den alten Mitgliedstaaten wollen Schengen schützen und sogar 85 Prozent in den neuen Mitgliedstaaten. (Grafik 7) Das heißt, dass auch jene Bürger, deren Staaten nicht Mitglied des Schengen-Raums sind (Großbritannien, Bulgarien, Rumänien etc.),

GRAFIK 3 Am wenigsten Zustimmung für EU-Zuständigkeit in Großbritannien

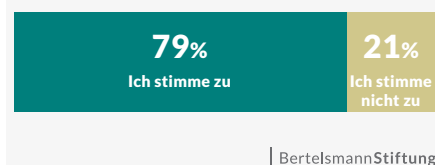


GRAFIK 4 Noch mehr Zustimmung für EU-Zuständigkeit in den neuen Mitgliedstaaten



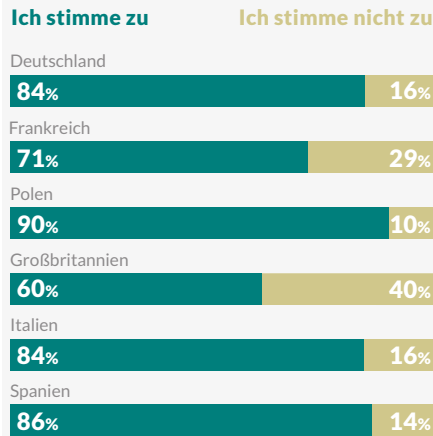
GRAFIK 5 EU28: Das Recht auf Reisefreiheit soll geschützt werden

Das Recht für Menschen und Waren, sich frei in der Europäischen Union zu bewegen, ist wichtig und sollte geschützt werden.



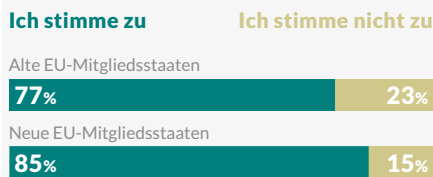
GRAFIK 6 Höchste Zustimmung in Polen. Niedrigste in Großbritannien.

Das Recht für Menschen und Waren, sich frei in der Europäischen Union zu bewegen, ist wichtig und sollte geschützt werden.



GRAFIK 7 Reisefreiheit noch beliebter in den neuen Mitgliedsstaaten.

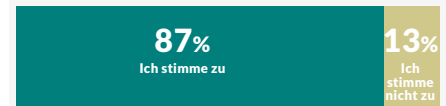
Das Recht für Menschen und Waren, sich frei in der Europäischen Union zu bewegen, ist wichtig und sollte geschützt werden.



| BertelsmannStiftung

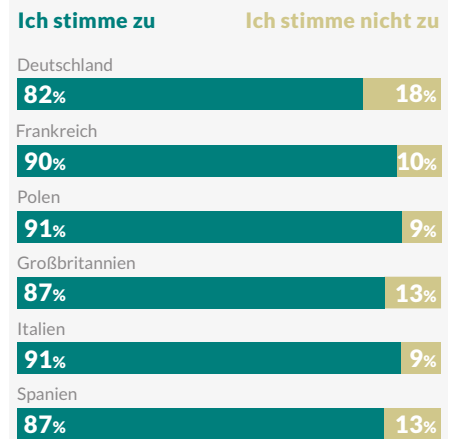
GRAFIK 8 EU28: Die EU braucht eine gemeinsame Kontrolle der Außengrenze.

Die Europäische Union braucht eine gemeinsame Grenzkontrolle.



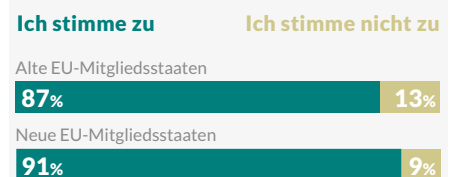
GRAFIK 9 Hohe Unterstützung für gemeinsame Grenzkontrolle auch in Ländern mit EU-Außengrenzen.

Die Europäische Union braucht eine gemeinsame Grenzkontrolle.



GRAFIK 10 Extrem hohe Unterstützung für gemeinsame Grenzkontrolle in den neuen EU Mitgliedsstaaten.

Die Europäische Union braucht eine gemeinsame Grenzkontrolle.



| BertelsmannStiftung

dessen Schutz und die damit verbundene Reisefreiheit für wichtig halten.

Ändert sich das Bild, wenn man die Europäer nach einer gemeinsamen Grenzsicherung fragt? Nein. Es wird sogar noch deutlicher. 87 Prozent aller Bürger der Europäischen Union sind davon überzeugt, dass die EU eine gemeinsame Grenzsicherung braucht. (Grafik 8) Nach Ländern aufgesplittet variieren die Zahlen zwischen 82 Prozent Zustimmung in Deutschland und 91 Prozent Zustimmung in Italien. (Grafik 9) Ebenfalls 91 Prozent in den neuen Mitgliedstaaten wollen eine gemeinsame Grenzsicherung, 87 Prozent sind es in den alten. (Grafik 10) Die Notwendigkeit einer gemeinsamen Grenzsicherung scheint für die europäischen Bürger eine Selbstverständlichkeit zu sein. Das gilt auch für Bürger, deren Nationalstaaten an Nicht-EU-Mitgliedstaaten grenzen und die deshalb auf ihrem Territorium diese gemeinsame Grenzsicherung akzeptieren müssten. Wie zum Beispiel Italien (91 Prozent), Spanien (87 Prozent) und Polen (91 Prozent).

Aber auch eine gemeinsame Grenz-sicherung verhindert nicht, dass Menschen in der Europäischen Union Schutz suchen. Wie sollen wir also mit ihnen umgehen? Sollen sie in die alleinige Zuständigkeit jener Mitgliedstaaten fallen, in die sie einreisen? Oder sollen sich die EU-Mitgliedstaaten gemeinsam um sie kümmern?

79 Prozent aller europäischen Bürger findet, dass die Asylbewerber fair auf alle EU-Mitgliedstaaten verteilt werden sollen. (Grafik 11) In den westeuropäischen Ländern ist das Stimmungsbild recht einheitlich. Eine größere Differenz tritt allerdings beim Ost-West-Vergleich zutage und auch im Ländervergleich befindet sich ein Ausreißer nach unten: Polen. (Grafik 12)

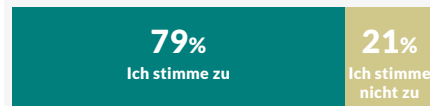
In den neuen Mitgliedstaaten gibt es noch eine leichte Mehrheit (54 Prozent) für eine Lastenteilung. Sie wurde allerdings nicht mit den Antworten aus Polen erreicht. Denn nur 46 Prozent aller Polen unterstützen eine Lastenteilung. 54 Prozent lehnen sie ab. (Grafik 13)

Noch deutlicher differenziert sich das Bild bei der nächsten Frage, die mögliche Konsequenzen für verweigerter Lastenteilung in den Blick nimmt: „Mitgliedstaaten, die ihren fairen Anteil an Migranten nicht akzeptieren, sollten weniger EU-Mittel erhalten. Stimmen Sie dem zu oder stimmen sie dem nicht zu?“

69 Prozent aller EU-Bürger sind der Meinung, dass verweigerter Solidarität eine Verringerung finanzieller Mittel folgen sollte. (Grafik 14) Allerdings zeigt sowohl die Länderanalyse als auch der Ost-West-Vergleich tiefe Diskrepanzen. Die Italiener (87 Prozent), gefolgt von den Deutschen (84 Prozent) und den Spaniern (76 Prozent) unterstützen die Idee der Negativkonsequenzen bei verweigerter Unterstützung am deutlichsten. Die Polen dagegen lehnen sie am deutlichsten ab.

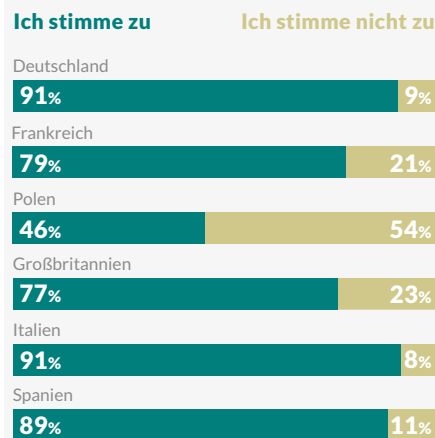
GRAFIK 11 EU28: Die Anzahl der Asylsuchenden sollte fair verteilt werden.

Die Anzahl der Asylbewerber sollte fair auf alle EU Mitgliedstaaten verteilt werden.



GRAFIK 12 Geringste Unterstützung für Lastenausgleich in Polen, höchste in Italien, Deutschland und Spanien.

Die Anzahl der Asylbewerber sollte fair auf alle EU Mitgliedstaaten verteilt werden.



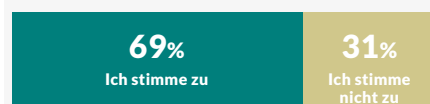
GRAFIK 13 Geringere Unterstützung für Lastenausgleich in den neuen Mitgliedstaaten.

Die Anzahl der Asylbewerber sollte fair auf alle EU Mitgliedstaaten verteilt werden.



GRAFIK 14 EU28: Kein Lastenausgleich, weniger Fördermittel.

Mitgliedsstaaten, die nicht einen angemessenen Anteil an Migranten aufnehmen, sollten weniger europäische Förderung bekommen.



64 Prozent aller Polen widersprechen der Idee, dass Mittelkürzungen folgen sollten, wenn Mitgliedstaaten keine Migranten willkommen heißen möchten. (Grafik 15) Im Ost-West-Vergleich ist das Verhältnis 77 Prozent zu 41 Prozent. 77 Prozent der Bürger in den alten Mitgliedstaaten sind der Meinung, dass verweigte Solidarität auch finanzielle Folgen haben sollte. Nur 41 Prozent der Bürger in den neuen Mitgliedstaaten sind derselben Meinung. (Grafik 16)

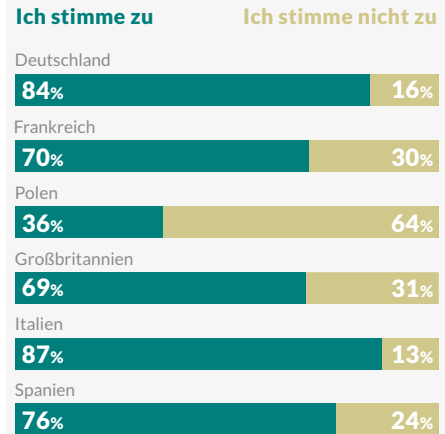
Wir können also festhalten, dass es einen allgemeinen Konsens unter den Europäern gibt, wenn man sie nach einer europäischen Migrationspolitik fragt und wenn es um den Schutz der Reisefreiheit und den der Außengrenzen geht. Außerdem unterstützt eine Mehrheit das Solidarprinzip der Lastenteilung, auch wenn es Länder gibt, deren nationale öffentliche Meinung eine Ausnahme von dieser Regel bildet. Bei der Frage nach den Konsequenzen teilen sich die Geister dann entlang der Linie alte Mitgliedstaaten/neue Mitgliedstaaten.

Heißt das im Umkehrschluss auch, dass die Europäer insgesamt Migration besonders offen gegenüberstehen? Wir haben drei Fragen gestellt, die dies messen sollen. Eine davon fragt nach den Kriterien für Asyl, eine nach den Folgen von Migration auf den Sozialstaat und eine nach Entfremdungsgefühlen in der Folge von Einwanderung.

Dabei zeigt sich ein anderes Bild. Eine Mehrheit der Europäer spricht sich dafür aus, dass Kriterien für Asyl streng ausgelegt werden sollten. (Grafik 17) Der Aussage „Der Staat sollte großzügig Asyl gewähren“ widersprechen 54 Prozent. Der Ländervergleich zeigt eine Spreizung zwischen 32 Prozent Widerspruch (in Spanien) und 63 Prozent Widerspruch (in Deutschland). Wobei die Spanier einen Ausreißer nach unten darstellen und damit ein besonders großzügiges Bild abgeben. (Grafik 19)

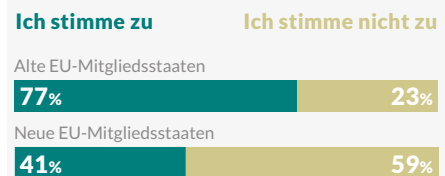
GRAFIK 15 **Deutliche Mehrheit der Polen gegen Kappung von EU-Fördermitteln.**

Mitgliedsstaaten, die nicht einen angemessenen Anteil an Migranten aufnehmen, sollten weniger europäische Förderung bekommen.



GRAFIK 16 **Geringe Unterstützung von »Weniger Fördermittel bei Verweigerung von Lastenausgleich« in den neuen EU-Staaten**

Mitgliedsstaaten, die nicht einen angemessenen Anteil an Migranten aufnehmen, sollten weniger europäische Förderung bekommen.



GRAFIK 17 **EU28: Mehrheit gegen das großzügige Gewähren von Asyl.**

Bei der Vergabe von Asyl sollte der Staat großzügig agieren.



GRAFIK 18 **EU28: Mehrheit glaubt, dass Ausländer das Sozialsystem belasten.**

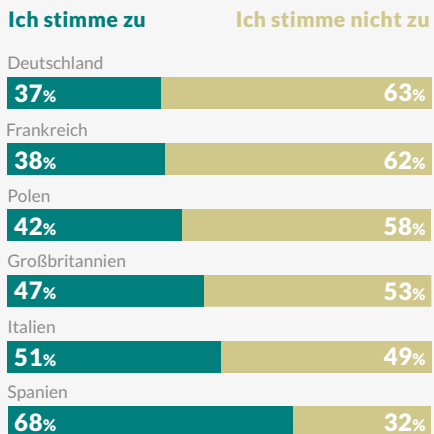
Ausländer sind eine Belastung für das Sozialsystem meines Landes.



| BertelsmannStiftung

GRAFIK 19 **Spanier am großzügigsten, Deutsche am wenigsten großzügig, wenn es um Asyl geht.**

Bei der Vergabe von Asyl sollte der Staat großzügig agieren.



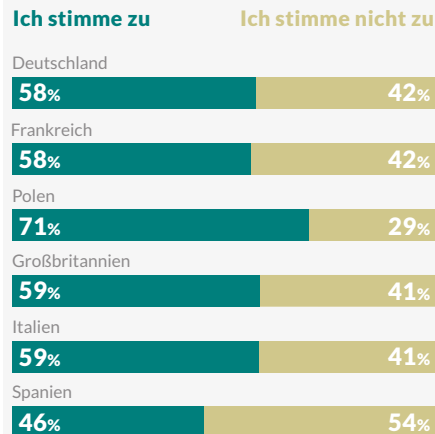
| BertelsmannStiftung

Insgesamt glaubt eine Mehrheit der EU-Bürger nicht, dass die Ausländer in ihrem Land zu den Leistungsträgern der Gesellschaft gehören. Sie glauben mehrheitlich (zu 58 Prozent), dass Ausländer eine Last für die Sozialsysteme bedeuten. (Grafik 18) Im Ländervergleich zeigt sich ein sehr einheitliches Bild. Nur die Polen und die Spanier setzen sich ab. In Polen glauben 71 Prozent an Belastungseffekte. In Spanien nur 46 Prozent. (Grafik 20)

Die Hälfte aller Europäer plagen Entfremdungsgefühle. Genau 50 Prozent stimmen der Aussage zu „Es gibt so viele Ausländer in meinem Land. Manchmal fühle ich mich selbst wie ein Fremder“. (Grafik 21) Bei der Länderanalyse fallen die Italiener und die Polen auf. Die Italiener stimmen diesem Satz zu 70 Prozent zu. Die Polen nur zu 29 Prozent. (Grafik 22) Das sollte insofern nicht überraschen (oder vielleicht doch?), als dass Polen im europäischen Vergleich eine ausgesprochen niedrige Ausländerquote hat. Während der Ausländeranteil in der EU im Jahr 2014 bei 6,7 Prozent lag, lag er in Polen bei 0,3 Prozent. Damit hat Polen den niedrigsten Ausländeranteil aller EU-Staaten.

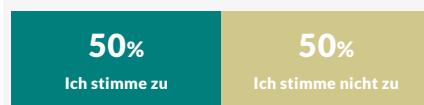
GRAFIK 20 **Polen sorgen sich am stärksten um den Effekt, den Ausländer auf das Sozialsystem haben.**

Ausländer sind eine Belastung für das Sozialsystem meines Landes.



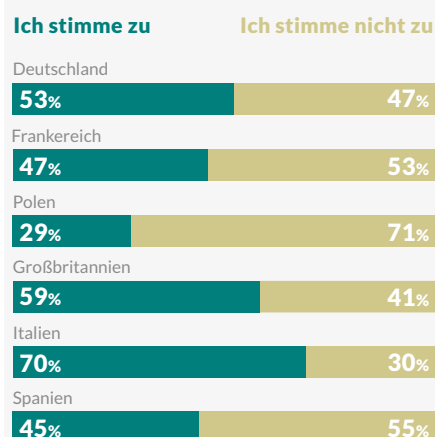
GRAFIK 21 **EU28: Die Hälfte der Europäer kennt Entfremdungsgefühle.**

In meinem Land gibt es so viele Ausländer, dass ich manchmal das Gefühl habe ein Fremder in meinem Land zu sein.



GRAFIK 22 **Die Italiener fühlen sich am meisten entfremdet, die Polen am wenigsten.**

In meinem Land gibt es so viele Ausländer, dass ich manchmal das Gefühl habe ein Fremder in meinem Land zu sein.



| BertelsmannStiftung

Zusammenfassung

Wieder einmal sind Europas Politiker mit politischen Realitäten konfrontiert, die sie nicht länger ignorieren, zu deren Lösung sie sich aber anscheinend auch nicht aufraffen können. Wieder einmal wird die europäische Öffentlichkeit Zeuge eines schmerzhaft zähen Ringens, dessen Ursprung wohl ist, dass man beschworenen Prinzipien nur schleppend Taten folgen lassen kann. Gemeinsame Freiheit ja, gemeinsame Verantwortung eher nicht. Gerne wird dabei als Grund der Wille der Bevölkerung aufgeführt, die man nicht mit diesem oder jenem belasten könne. Interessanterweise zeigen unsere Zahlen, dass jene Bevölkerung schon deutlich weiter ist, als die Politiker, die sie immer wieder als Argument bemühen. Sowohl bei dem Streitfall Reisefreiheit als auch bei dem Streitfall Grenzsicherung drücken die befragten Bürger ihren Auftrag glasklar aus. Und der heißt: Schützen nicht Zaudern.

Errungenschaften erhalten und Grenzen schützen. Ist das nun eine europäische Grundhaltung oder doch nur ein Reflex zur Besitzstandwahrung, so lange diese nicht mit Kosten verbunden ist? Die Zahlen zeigen, dass der Verdacht, die Bürger seien im wesentlichen Schönwetter-Europäer, nicht nur ungerecht sondern auch falsch ist. Das Prinzip der solidarischen Lastenteilung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union leuchtet der deutlichen Mehrzahl der Europäer ein. Selbst für Sanktionen bei Solidaritätsverweigerung findet sich in der EU eine klare Mehrheit. Es ist nicht verwunderlich, dass sich diese mehrheitliche Zustimmung nicht auf die neuen EU-Mitgliedstaaten ausweitet. Immerhin sind sie die größten Nutznießer der EU-Fördermittel und haben deshalb am meisten zu verlieren, sollte sich ein solches Prinzip durchsetzen. Darum ist es vielleicht weniger bemerkenswert, dass sich dort 59 Prozent dagegen aussprechen, als es bemerkenswert ist, dass sich 41 Prozent der dortigen Bürger dafür aussprechen. Trotz des möglichen Verlustes.

Dass die Aussicht auf Konsequenzen gemeinsamen Handelns nicht zwangsläufig aus glühenden Europäern renitente Europäer macht, zeigt sich auch bei der Frage nach der gemeinsamen Grenzkontrolle. EU-weit ist die Zustimmung mit 87 Prozent beindruckend. Folgt man nun der Debatte auf Regierungsebene könne man meinen, die Zustimmung erstrecke sich zwangsläufig auf EU-Binnenstaaten, während die Bevölkerung von Staaten mit EU-Außengrenzen einem solchen Vorschlag zumindest zögerlich gegenübersteht. Das Gegenteil ist der Fall. Die neuen Mitgliedstaaten halten mit Abstand den größten Anteil an europäischen Außengrenzen an Land. Ihre Bewohner unterstützen eine gemeinsame Grenzkontrolle sogar zu 91 Prozent. Die Italiener ebenfalls zu 91 Prozent, die Spanier zu 87 Prozent.

Natürlich gibt es Streitpunkte und Widersprüchlichkeiten. Exemplarisch ist der Fall Polens. Die Polen wollen unbedingt Reisefreiheit und Grenzsicherung, aber sie wollen keine Asylbewerber aufnehmen und schon gar nicht dafür auf Fördermittel verzichten. Außerdem macht sich eine geradezu unvernünftig hohe Anzahl an Polen Sorgen um die Last, die Ausländer für ihren Sozialstaat bedeuten. Dabei hat Polen einen Ausländeranteil von nur 0,3 Prozent.

Das mag kurios erscheinen, verdeckt aber nur eine wirklich interessante Erkenntnis. Für Polen, wie für die Bewohner der neuen EU-Mitgliedstaaten und für alle anderen, die das Prinzip der Lastenteilung distanziert betrachten, gilt: Sie alle lieben die Reisefreiheit viel mehr, als sie die Lastenteilung ablehnen.

Aufschlussreich ist auch, dass die Europäer die Reisefreiheit so hoch halten, obwohl sie in ihrer Mehrheit keine Freunde von Einwanderung sind. Ihr Bedürfnis nach Grenzschutz drücken sie deutlich aus. Ebenso ihre Zurückhaltung in Sachen Migration und deren mögliche Folgen (Sozialsystem, Entfremdungsgefühle im Alltag). Diese Vorbehalte scheinen sie aber nicht in gleichem Maße auf Bürger anderer EU-Staaten auszudehnen. Und wenn doch, dann hält es sie nicht davon ab, ihre Bewegungsfreiheit höher einzustufen als ihr Bedürfnis nach Abgrenzung.

Das Jahr 2016 hat kaum angefangen, aber schon scheint ausgemacht, dass es ein europäisches Schicksalsjahr wird. Dieses Mal steht nicht die gemeinsame Währung, dieses Mal steht der Schengen-Raum und die Freizügigkeit auf dem Spiel. Der Faktor x in diesem Prozess sind nicht die europäischen Bürger. Der Faktor x sind die politischen Eliten. Die Botschaft der europäischen Bürger ist klar: Sie wollen effiziente europäische Lösungen. Sie wollen, dass die EU Verantwortung für diese Lösungen trägt. Sie wollen, dass der Schengen-Raum mitsamt der Reisefreiheit erhalten bleibt. Sie wollen, dass gemeinsame Grenzen gemeinsam geschützt werden. Und sie schrecken nicht vor den Konsequenzen gemeinsamen Handelns zurück.

Die Politiker Europas sollten dies als Aufforderung und Ermunterung begreifen. Die Bürger haben den Willen, nun ist es an der Politik einen Weg zu finden.

Zur Methode

Dieser Bericht präsentiert einen Überblick über eine im Dezember 2015 durchgeführte Studie des öffentlichen Meinungsbildes in 28 EU-Mitgliedsstaaten. Die Stichprobe von 11.410 Fällen wurde in allen 28 EU-Mitgliedsstaaten unter Berücksichtigung der Verteilung von Alter (14-65 Jahre), Geschlecht und Region/Land erhoben. Um eine (Zensus-)repräsentative Verteilung zu garantieren wurden die Daten nach den genannten demografischen Merkmalen anhand offizieller Eurostat-Daten gewichtet. Hierzu wurde ein Algorithmus („Iterative Proportional Fitting“ oder „Raking“) angewendet, um die Abweichungen der relevanten Merkmale der Stichprobe von den offiziellen demographischen Statistiken entlang der marginalen Verteilung zu korrigieren. Die Gewichte wurden durch das Verfahren nicht gekappt oder beschnitten. Das daraus resultierende minimale und maximale Gewicht liegt bei 0,4761 bzw. 1,8860. Eine Schätzung des allgemeinen Design Effects, basierend auf der Verteilung der Gewichte, beträgt 1,08, was eine effektive Stichprobengröße von näherungsweise 10.565 zur Folge hat. Für eine Stichprobe dieser Größe ergibt sich eine allgemeine Fehlermarge („Margin of Error“) von +/-0,95 Prozent bei einem Konfidenzniveau von 95 Prozent.

Abbildungsverzeichnis

- Grafik 1 Eine Mehrheit in der EU unterstützt weitere politische und wirtschaftliche Integration
- Grafik 2 EU28: Die EU soll für Migrationspolitik zuständig sein
- Grafik 3 Am wenigsten Zustimmung für EU-Zuständigkeit in Großbritannien
- Grafik 4 Noch mehr Zustimmung für EU-Zuständigkeit in den neuen Mitgliedstaaten
- Grafik 5 EU-28: Das Recht auf Reisefreiheit soll geschützt werden
- Grafik 6 Höchste Zustimmung in Polen. Niedrigste in Großbritannien
- Grafik 7 Reisefreiheit noch beliebter in den neuen Mitgliedsstaaten
- Grafik 8 EU28: Die EU braucht eine gemeinsame Kontrolle der Außengrenze
- Grafik 9 Hohe Unterstützung für gemeinsame Grenzkontrolle auch in Ländern die EU-Außengrenzen haben
- Grafik 10 Extrem hohe Unterstützung für gemeinsame Grenzkontrolle in den neuen EU Mitgliedstaaten
- Grafik 11 EU28: Die Anzahl der Asylsuchenden sollte fair verteilt werden
- Grafik 12 Geringste Unterstützung für Lastenausgleich in Italien, höchste in Italien, Deutschland und Spanien
- Grafik 13 Geringere Unterstützung für Lastenausgleich in den neuen Mitgliedstaaten
- Grafik 14 EU28: Kein Lastenausgleich, weniger Fördermittel
- Grafik 15 Deutliche Mehrheit der Polen gegen Kappung von EU-Fördermitteln
- Grafik 16 Geringe Unterstützung von »Weniger Fördermittel bei Verweigerung von Lastenausgleich« in den neuen EU-Staaten
- Grafik 17 EU28: Mehrheit gegen das großzügige Asyl
- Grafik 18 EU28: Mehrheit glaubt, dass Ausländer das Sozialsystem belasten
- Grafik 19 Spanier am großzügigsten, Deutsche am wenigsten großzügig, wenn es um Asyl geht
- Grafik 20 Polen sorgen sich am stärksten um den Effekt den Ausländer auf das Sozialsystem haben
- Grafik 21 EU28: Die Hälfte der Europäer kennt Entfremdungsgefühle
- Grafik 22 Die Italiener fühlen sich am meisten entfremdet, die Polen am wenigsten

Impressum

© 2016

Bertelsmann Stiftung

eupinions #2016/1

Grenzsicherung und Reisefreiheit

Was die europäischen Bürger von einer europäischen Asyl- und Migrationspolitik erwarten

ISSN: 2365-9661

Gestaltung:

Lucid. Berlin

Titel:

Hayri Er / iStockphoto.com

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256

33311 Gütersloh

Deutschland

Isabell Hoffmann

isabell.hoffmann@bertelsmann-stiftung.de

Telefon +32 2233 3892

Joachim Fritz-Vannahme

joachim.vannahme@bertelsmann-stiftung.de

Telefon +49 5241 81 81421

www.bertelsmann-stiftung.de